

INHALT

- | | |
|---|---|
| <p>42. Gebarungsstatistikverordnung 2014 –
Meldung der Gemeindehaushaltsdaten
ab 2015</p> <p>43. Das Europäische System Volkswirtschaft-
licher Gesamtrechnung (ESVG) 2010;
Zuordnung von Ausgliederungen
zum Sektor Staat im Gemeindebereich</p> <p>44. Aktuelle Kontierungsfragen</p> | <p>45. Richtlinien für den Voranschlag 2015
der Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>46. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
Oktober 2014</p> <p>47. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
Jänner bis Oktober 2014
<i>Verbraucherpreisindex für August 2014
(vorläufiges Ergebnis)</i></p> |
|---|---|

42.

Gebarungsstatistikverordnung 2014 – Meldung der Gemeindehaushaltsdaten ab 2015

Mit Schreiben vom 30. Juli 2014 wurden die Tiroler Gemeinden von der Statistik Austria über Neuerungen betreffend die elektronische Meldung der Jahresrechnungen (Gemeindehaushaltsdatenträger GHD) informiert.

Die gesetzliche Grundlage hierfür bildet die **Gebarungsstatistikverordnung 2014**, BGBl. II Nr. 345/2013 (Gebstat-VO 2014), die am 1. Jänner 2014 in Kraft getreten ist. Die technische Umsetzung erfolgt durch die neue **Datenschnittstellenbeschreibung** (Satzaufbau für die Lieferung der Gemeindehaushaltsdaten) in der Version 3.7. Aufgrund der Einräumung einer Übergangsfrist sind die Bestimmungen erst ab dem Jahr 2015 verpflichtend anzuwenden.

Was genau ändert sich nun für die Tiroler Gemeinden ab dem Jahr 2015?

Durch die Gebstat-VO 2014 werden alle Gemeinden verpflichtet, neben dem Jahresdatenträger, der die Jahresrechnung in elektronischer Form darstellt, zusätzlich auch **Quartalsdaten** an die Statistik Austria im Weg der Gemeindeaufsichtsbehörden elektronisch zu liefern.

Der **Umfang der zu meldenden Daten** (Satzarten) wurde durch die neue Datenschnittstelle wesentlich erweitert.

Das bedeutet, dass es künftig statt einer nun **fünf jährliche Erhebungen** geben wird. Schon bisher gab es einzelne Gemeinden, die Quartalsdaten direkt an die Statistik Austria gemeldet haben. Nunmehr gilt diese verpflichtende Quartals-Meldung für alle Gemeinden Österreichs. Die Meldungen der Quartalsdaten erfolgt nicht mehr direkt an die Statistik Austria sondern wie bei der Jahresmeldung über den Weg der Gemeindeaufsichtsbehörden. Die Meldung der Daten erfolgt kumuliert, d. h. die im Monat April zu meldenden Daten umfassen den Zeitraum Jänner bis März, die im Juli zu meldenden Daten die Werte von Jänner bis Juni.

Die praktische Durchführung der Meldung erfolgt analog zur Meldung der Jahresdaten durch **Erstellen einer Exportdatei** aus dem Rechnungswesen der Gemeinde und einem **Upload in der Gemeindeanwendung** im Portal Tirol im Reiter [Eingaben – Erhebung – GHD/GVB].

Die Gebstat-VO 2014 legt auch ein Zeitfenster fest, innerhalb dem die Quartalsdaten bei der Statistik Austria eingelangt sein müssen. Dabei ist zu beachten, dass die Daten nach Meldung durch die Gemeinden von den Aufsichtsbehörden erst noch geprüft werden müssen.

Für die Gemeinden können daher folgende Termine vorgemerkt werden:

Erhebung	umfasst Daten	Stichtag Upload in Gemeindeanwendung durch Gemeinde
Jahresmeldung 2014	Jänner bis Dezember 2014	30. April 2015
1. Quartal 2015	Jänner bis März 2015	15. April 2015
2. Quartal 2015	Jänner bis Juni 2015	15. Juli 2015
3. Quartal 2015	Jänner bis September 2015	15. Oktober 2015
4. Quartal 2015	Jänner bis Dezember 2015	15. Jänner 2016

Die Meldung der Daten des 4. Quartals im Jänner des Folgejahres umfasst grundsätzlich schon die Daten des gesamten Jahres. Sie ersetzt aber dennoch nicht die Jahresmeldung, da diese zusätzlich noch die Buchungen des Auslaufmonats sowie die Abschlussbuchungen im Zuge der Erstellung der Jahresrechnung enthält.

Änderungen im Umfang der zu liefernden Daten gab es z. B. beim **mittelfristigen Finanzplan**, wo nun die Daten von vier Jahren (statt bisher zwei Jahren) übermittelt werden. Bei den Darlehen und beim Vermögen der Gemeinden gibt es einige zusätzliche Klassifizierungen.

Insbesondere bei den **Beteiligungen und Haftungen** werden mehr Daten zu erfassen sein als bisher. So werden bei Beteiligungen der Gemeinde an öffentlichen Unternehmungen (Stadtwerke, Immobiliengesellschaften etc.) einige Eckdaten aus den Bilanzen dieser Unternehmungen wie Verbindlichkeiten und Betriebsergebnis händisch erfasst und über den GHD gemeldet werden.

Auch bei den **Haftungsverpflichtungen** gibt es zusätzliche Felder, die zu befüllen sind wie die Angabe des Haftungsnehmers oder die Risikoklasse.

Nähere Informationen zu den Neuerungen bei der Erhebung von Gebarungsdaten sind auf der Homepage der Statistik Austria zu finden.

http://www.statistik.at/web_de/fragebogen/gebietskoerperschaften/erhebung_von_gebarungsdaten/index.html

Die Gebstat-VO 2014 weist im § 8 auf die gemäß Bundesstatistikgesetz 2000 bestehende **Auskunfts- und Mitwirkungspflicht** der Gemeinden hin.

Die erste Erhebung nach dem neuen Modus wird es in der ersten Aprilhälfte 2015 geben, wo bis 15. April 2015 die Daten des ersten Quartales 2015 übermittelt werden müssen. Die Gemeinden werden ersucht, gemeinsam mit ihrem **kommunalen Softwareanbieter** sicherzustellen, dass die Daten ab 2015 gemäß der Gebstat-VO 2014 und den Vorgaben der Bundesanstalt Statistik Austria **verbindlich und rechtzeitig** geliefert werden können.

43.

Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG) 2010; Zuordnung von Ausgliederungen zum Sektor Staat im Gemeindebereich

Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG) ist ein international vereinheitlichtes Rechnungssystem, das systematisch und detailliert eine Volkswirtschaft (Region, Land, Ländergruppe) mit ihren wesentlichen Merkmalen und Beziehungen zu anderen Volkswirtschaften beschreibt. Rechtlich gesehen handelt es sich beim ESVG um eine EU-Verordnung und damit für die EU-Mitgliedsstaaten um verbindliches Recht. Im September 2014 wurde das ESVG 1995 durch das nun gültige ESVG 2010 abgelöst.

Durch das ESVG wird eine Einteilung des Sektors Staat in die vier Teilsektoren Bundesebene, Landesebene, Gemeindeebene und Sozialversicherung vorgenommen. Die Abgrenzung des Sektors Staat anhand des ESVG ist Grundlage für das im Österreichischen Stabilitätspakt 2012 (ÖStP

2012) vorgesehene System mehrfacher Fiskalregeln, das bei der jeweiligen Haushaltsführung zu beachten ist.

Die Umsetzung der Bestimmungen des ESVG 2010 in Österreich bedeutet eine Reklassifizierung von in Summe 1.400 Einheiten zum Sektor Staat. Nennenswerte Auswirkungen für den Tiroler Gemeindebereich durch diese Umstellung ergeben sich durch die Neubehandlung zahlreicher Errichtungs- und Betriebsgesellschaften der Gemeinden im Immobilienbereich, bei denen großteils die Zurechnung zum Teilsektor 1313 – Gemeinden – erfolgt. Auch die Bezirkskrankenhäuser-Gemeindeverbände wurden in diesen Sektor reklassifiziert. Die Beurteilung, inwiefern eine ESVG-Einheit dem Sektor Staat angehört und daher für die Berechnung von Verpflichtungen zu berücksichtigen ist, wird von der Statistik Austria vorgenommen und kann der Liste „Ein-

heiten des Öffentlichen Sektors gemäß ESVG“ auf der Homepage der Statistik Austria unter folgendem Link entnommen werden:

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/oeffentliche_finanzen_und_steuern/oeffentliche_finanzen/oeffentlicher_sektor/index.html

Durch diese Veröffentlichung wird Rechtssicherheit geschaffen, ob neu gegründete institutionelle Einheiten dem Sektor Staat zuzurechnen und damit bei der Berechnung sämtlicher im ÖStP 2012 vorgesehenen Fiskalregeln zu berücksichtigen sind.

In diesem Zusammenhang wird auf die im Art. 17 Abs. 2 lit. e ÖStP 2012 statuierte Verpflichtung hingewiesen, derzufolge **für neu geschaffene institutionelle Einheiten** (ESVG) binnen zwei Monaten an die Bundesanstalt Statistik Austria und das österreichische Koordinationskomitee eine **Meldung** zu erstatten ist. Die Laufzeit dieser Frist beginnt bei Einheiten, die verpflichtet sind eine Firmenbuchnummer zu führen, mit dem Zeitpunkt der Eintragung ins Firmenbuch. Für alle anderen institutionellen Einheiten beginnt die Frist zu laufen, sobald diese offiziell ihre Tätigkeit aufnehmen.

Die Zuordnung dieser bisher außerbudgetären Einheiten, die nicht nur mit ihren jeweiligen Haushaltssalden, sondern

auch mit den Schulden dem Sektor Staat zugerechnet werden, führt zu einer signifikanten Erhöhung des Gesamtschuldenstandes (nach Maastricht) sowohl auf gesamtstaatlicher Ebene, als auch im Tiroler Gemeindefektor. Diese von der Statistik Austria bekannt gegebenen Schuldenstandswerte (nach Maastricht) sind Ausgangslage für die in Art. 2 Abs. 1 lit. d ÖStP 2012 vorgesehene Rückführung des jeweiligen öffentlichen Schuldenstandes nach ESVG (**Schuldenquotenanpassung**), bei der auf eine landesweite Betrachtung des Teilssektors Gemeinden abgestellt wird.

Das in Art. 2 ÖStP 2012 vorgesehene System mehrfacher Fiskalregeln, insbesondere die Regeln über den zulässigen Haushaltssaldo nach ESVG (Maastricht-Saldo), dem strukturellen Saldo, der Ausgabenbremse sowie der Schuldenquotenanpassung, muss bei der Voranschlagserstellung für das Jahr 2015 sowie beim mittelfristigen Finanzplan aufgrund der im ÖStP 2012 normierten Bestimmungen über das anzuwendende Sanktionsverfahrens bei Abweichungen von einer der vereinbarten Regeln jedenfalls mitberücksichtigt werden. Für die Berechnung der Fiskalregeln werden derzeit seitens des Bundesministeriums für Finanzen Richtlinien ausgearbeitet. Nach Erlassung dieser Richtlinien erfolgen weitergehende Informationen an die Gemeinden.

44.

Aktuelle Kontierungsfragen

Breitbandausbau – Breitbandoffensive

Die Stichwortsuche Ansatz im Kontenrahmen der Gemeindeanwendung liefert bei der Suche nach „Breitband“ oder „Ausbau“ den Ansatz 6800 Post- und Telekommunikationsdienste. Die Aufwendungen für den Ausbau (Leitungsbau) werden als Sonderanlage auf der Post 0500 verbucht. Die Landesförderungen (Wirtschaftsförderung) auf der Post 8710 Kapitaltransferzahlungen von Ländern. Allfällige zusätzliche Bedarfszuweisungen auf 8711.

Bezüge Substanzverwalter

Sofern ein Bürgermeister-Stellvertreter oder ein sonstiges Mitglied des Gemeinderates zum Substanzverwalter einer Gemeindegutsagrargemeinschaft bestellt wurde und für diese Tätigkeit vom Gemeinderat ein (erhöhter) Bezug nach den §§ 4 Abs. 2 oder 5 des Tiroler Gemeinde-Bezügegesetzes 1998 festgesetzt wurde, sind diese Bezüge im Ansatz „0000 Gewählte Gemeindeorgane“ auf den Haushaltsstellen „7211 Bezüge Bürgermeister und Stellvertreter“ oder „7212 Bezüge sonstige Mitglieder des Gemeinderates“ zu erfassen.

Erfassung der Standesamts- und

Staatsbürgerschaftsverbände im Rechnungswesen

Im Zuge der Herauslösung der Gebarung der Standesamts- und Staatsbürgerschafts-Verbände aus der Sitzgemeinde sind einige Fragen bezüglich der Kontierung aufgetaucht.

Nach der Empfehlung des Rechnungshofes müssen zum einen die Gebarungsfälle außerhalb des Rechnungswesens der Gemeinde in einem eigenen Rechnungswesen eines Gemeindeverbandes erfasst – sowie zum anderen auch die Gebarungsfälle nach Standesamt und Staatsbürgerschaft aufgespalten und getrennte Ansätze geführt werden.

Die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 1997 – VRV 1997 sieht hierfür folgende Ansätze vor:

Ansatz	Bezeichnung
022	Standesamt
025	Staatsbürgerschaft

Häufig wurden die Einnahmen und Ausgaben für beide Zwecke gesammelt im Ansatz 022 (bei der jeweiligen Sitz-

gemeinde) erfasst. Der Ansatz 025 wurde kaum verwendet. Die in diesen Ansätzen zu verwendenden Konten (Voranschlagsstellen) können dem offiziellen Kontenrahmen in der Gemeindeanwendung (Portal Tirol) entnommen werden.

Bei den **Einnahmen** gilt Folgendes:

Bei den Verwaltungsabgaben sowie beim Kostenersatz für die Führung der Staatsbürgerschaftsevidenz ist eine eindeutige Zuordnung zu den beiden Ansätzen möglich. Bundesgebühren nach dem Gebührengesetz 1957 werden als Verwahrgeld behandelt. Die Beiträge der Verbandsgemeinden sind auf beide Ansätze aufzuteilen. Dabei ist abzuwägen, zu welchen Teilen der Verband in welchem Bereich tätig ist (z. B. 60% Standesamt, 40% Staatsbürgerschaft) Dies gilt ebenso für weitere nicht eindeutig zuordenbare Einnahmen wie Zinserträge auf dem Girokonto.

Werden Gebühren bei der Gemeindekasse vereinnahmt, müssen sie bei der Gemeinde selbst als Durchläufer erfasst werden, da sie Einnahmen darstellen, die nicht endgültig für die Gemeinde angenommen werden, sondern weiterzuleiten sind.

Bei den **Ausgaben** gilt Folgendes:

Der unmittelbare Personalaufwand (Postenklasse 5) ist grundsätzlich bei jener Gebietskörperschaft zu erfassen, mit der der Bedienstete das Dienstverhältnis (Dienstvertrag) eingegangen ist. In den meisten Fällen werden Bedienstete der Gemeinde zu einem Teil ihrer Arbeitszeit auch die Ver-

bandsagenden wahrnehmen. In diesen Fällen wäre der Personalaufwand zur Gänze bei der Sitzgemeinde zu belassen. Der Verband leistet aber der Gemeinde einen Personalkostenersatz für das Beschäftigungsausmaß, in dem der Bedienstete für den Verband tätig ist. Der Aufwand für den Kostenersatz ist beim Verband durch Abwägung des zeitlichen Personaleinsatzes auf die Ansätze 022 und 025 aufzuteilen

Beim Verband können jedoch mittelbare Personalaufwendungen wie z. B. für Bekleidungs pauschalen oder Reisegebühren erfasst werden.

Für den **Sachaufwand** gilt Ähnliches:

Eindeutige Ausgaben (wie z. B. Fachliteratur für Standesbeamte) werden vom Verband direkt getragen und sind dem jeweiligen Ansatz 022 oder 025 auf den jeweiligen Ausgabenpositionen zuzuordnen.

Bei den allgemeinen Ausgaben wie Büromaterial, Hardware, Lizenzen etc. gibt es zwei Möglichkeiten: Diese können vom Verband direkt getragen werden oder diese werden von der Sitzgemeinde zur Verfügung gestellt und im Weg eines Kostenbeitrages dem Verband verrechnet. Der Sachaufwand bzw. der Kostenersatz ist beim Verband wiederum durch Schätzung auf die beiden Bereiche Standesamt und Staatsbürgerschaft aufzuteilen. Dasselbe gilt auch für Ausgaben, die nicht eindeutig einem der beiden Verbandszwecke zuordenbar sind.

45.

Richtlinien für den Voranschlag 2015 der Gemeinden und Gemeindeverbände

I. 1. Rückblick 2014

Das Bundesministerium für Finanzen prognostizierte für 2014 eine Steigerung des Aufkommens an Abgabenertragsanteilen von 1,99%. Die Abteilung Gemeinden legte ihren Prognoserechnungen eine Steigerung von 1,5% zugrunde. In der ersten Jahreshälfte 2014 entwickelte sich das Steueraufkommen deutlich positiver als angenommen. Lediglich die Zwischenabrechnung im März 2014 fiel gegenüber dem Vorjahr mit nur EUR 1,15 Mio. (- 81%) deutlich geringer aus. In der zweiten Jahreshälfte haben sich die Steigerungsraten wesentlich abgeschwächt. Ein gleichbleibendes Aufkommen bei den Dezember-Ertragsanteilen vorausgesetzt wird das Aufkommen der kassenmäßigen Ertragsanteile im Jahr 2014 rd. EUR 799,4 Mio. betragen. Damit liegt der Gesamtbetrag um 0,90% über der Voranschlagsprognose der Gemeindeabteilung. Gegenüber dem Aufkommen 2013 beträgt die Steigerung + 3,39%.

Abgabenertragsanteile 2013/2014

	Vorschüsse		Differenz	
	2013	2014	Absolut	%
Jänner	79.318.844,00	82.058.473,00	2.739.629,00	3,45%
Februar	62.715.265,00	67.861.155,00	5.145.890,00	8,21%
März	50.858.373,00	54.089.968,00	3.231.595,00	6,35%
April	72.627.343,00	74.002.907,00	1.375.564,00	1,89%
Mai	48.721.790,00	54.279.772,00	5.557.982,00	11,41%
Juni	46.264.119,00	48.404.641,00	2.140.522,00	4,63%
Juli	75.433.919,00	78.628.713,00	3.194.794,00	4,24%
August	55.965.649,00	59.291.437,00	3.325.788,00	5,94%
September	59.572.168,00	60.478.929,00	906.761,00	1,52%
Oktober	75.087.277,00	78.413.381,00	3.326.104,00	4,43%
November	61.842.021,00	62.101.132,00	259.111,00	0,42%
Dezember *)	66.670.338,00	66.671.000,00	662,00	0,00%
ESt-VZ	11.945.593,00	11.946.000,00	407,00	0,00%
	767.022.699,00	798.227.508,00	31.204.809,00	4,07%
Zwischenabrechnung	6.143.123,00	1.148.232,00	-4.994.891,00	-81,31%
	773.165.822,00	799.375.740,00	26.209.918,00	3,39%

*) Die Vorschüsse Dezember 2014 sind geschätzt!

I. 2. Vorschau 2015

In der Septemberprognose 2014 geht das Bundesministerium für Finanzen für 2015 von einer Steigerung der kassenmäßigen Ertragsanteile von + 3,0% gegenüber 2014 aus. Dies liegt wesentlich unter den noch im Frühjahr 2014 erwarteten Werten. Damit wird den aktuellen Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute Rechnung getragen, die für den Euroraum nur ein geringes Wirtschaftswachstum vorhersagen. In der Schätzung der Abteilung Gemeinden wird mit einer Steigerung der Bruttoertragsanteile von 2,0% gerechnet.

Im Jahr 2015 wird der Abrechnung der Ertragsanteile die Volkszahl zum Stichtag 31. Oktober 2013 zugrunde gelegt. Die Ermittlung dieser Einwohnerzahl erfolgt gemäß § 9 Abs. 9 Finanzausgleichsgesetz 2008 (FAG 2008) durch die Statistik Austria. Die aktuellen Werte können auf der Homepage der Statistik Austria abgefragt werden.

II. Gesamtbemessungsgrundlagen

1. Einwohnerzahl TIROL gem. § 9 Abs. 9 FAG 2008 – 31. Oktober 2013	720.436
2. Abgestufte Bevölkerungszahl	1.256.385,597
3. Finanzkraft I – 2015	EUR 134.739.518
4. Finanzkraft II – 2015	EUR 776.965.990
5. Finanzkraft III – 2015	EUR 135.238.990
Finanzkraft III – 2015 je Einwohner	EUR 187,72
6. geschätzte Ertragsanteile 2015 – brutto	EUR 826.124.000
Bedarfsausgleich	EUR 32.397.000
Getränkesteuerausgleich	EUR 65.580.000
Werbsteuernausgleich	EUR 640.000
Werbeabgabe	EUR 3.370.000
Ausgleichsvorausanteil § 11 Abs. 7a FAG 2008	EUR 26.383.000
Ausgleichsvorausanteil § 11 Abs. 8 FAG 2008	EUR 3.010.000
BMGL zur Berechnung der Rest EA (inkl. Vorwegabzug ehemaliges Landespflegegeld)	EUR 590.718.000
je Einheit des abgestuften Bevölkerungsschlüssels (aBS)	EUR 470,17
Vorwegabzug gemäß § 11 Abs. 2 Z. FAG 2008 (Gemeindeanteil ehemaliges Landespflegegeld)	EUR 10.549.000
Rest Ertragsanteile	EUR 580.169.000
7,46% Landesumlage	EUR 61.105.000

Vorausanteile gemäß § 11 Abs. 7a FAG 2008: Anstelle der Vorausanteile gemäß § 11 Abs. 5 und 6 FAG 2008 erhalten die Gemeinden ab 2015 je Einwohner folgende Beträge:

bis 10.000 Einwohner	EUR 4,22
10.001–20.000 Einwohner	EUR 101,55
20.001–50.000 Einwohner	EUR 108,19
über 50.000 Einwohner	EUR 122,42

Gemeinden zwischen 9.300 und 10.000 sowie zwischen 18.000 und 20.000 Einwohnern erhalten einen weiteren Betrag.

Vorausanteile gemäß § 11 Abs. 8 FAG 2008: Als Ausgleich für die Abschaffung der Selbstträgerschaft erhalten Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern einen Vorausanteil, der je Einwohner und nach der Größenklassenzuordnung laut Volkszählung 2001 ermittelt wird:

2.001 bis 5.000 Einwohner	EUR 4,79
5.001–10.000 Einwohner	EUR 5,27
10.001–20.000 Einwohner	EUR 5,80
über 60.001 Einwohner	EUR 9,70

III. Berechnung der Bemessungsgrundlage je Gemeinde

1. Die Grunddaten für die Berechnung der Finanzkraft I, II und III wurden von den Gemeinden im Rahmen der Finanzkraftherhebung im Portal Tirol gemeldet und können in der Gemeindeanwendung im Vorgang Finanzkraftherhebung 2015 abgefragt werden.

2. Berechnung der Finanzkraft III – 2015

Finanzkraft I	EUR
Finanzzuweisung gemäß § 21 Abs. 7 FAG 2008	EUR + _____
Finanzkraft III – 2015	EUR _____

3. Ertragsanteile – 2015

a) Bedarfsausgleich 2015 – Ansatz 9250 + 8594

Finanzbedarf = aBS × 187,72	EUR
Finanzkraft III – 2015	EUR – _____
Differenzbetrag	EUR _____
Bedarfsausgleich = 30% des positiven Differenzbetrages	EUR

b) Getränkesteuerausgleich – Ansatz 9250+8593	EUR	wird im Portal bekannt gegeben
c) Werbesteuerenausgleich – Ansatz 9250+8595 47% des Mittelwertes der Ankündigungsteuer 1996-1998		
d) Werbeabgabe – Ansatz 9250+8591 EUR 4,40 je Einwohner zum 31. Oktober 2013	EUR	
e) Restertragsanteile – Ansatz 9250+8591 aBS x 470,17 EUR Vorwegabzug § 11 Abs. 2 Z. 8 FAG 2008 (Gemeindeanteil ehemaliges Landespflegegeld)		— _____
Restertragsanteile – 2015	EUR	

Für die mittelfristige Finanzplanung 2016 bis 2019 ist eine jährliche Steigerung der Restertragsanteile von 2% anzusetzen.

Berechnung Vorwegabzug § 11 Abs. 2 Z. 8 FAG 2008
Gemeindeanteil am Vorwegabzug ehemaliges Landespflegegeld

Bezirk	Finanzkraft II	Gemeindeanteil am Landespflegegeld 2010		
		in %	je Bezirk	in % der Finanzkraft II
Imst	56.142.202	8,105%	854.996	1,52%
Innsbruck Land	163.440.433	22,847%	2.410.130	1,47%
Kitzbühel	63.942.861	8,192%	864.174	1,35%
Kufstein	104.983.510	11,605%	1.224.211	1,17%
Landeck	45.719.871	5,841%	616.167	1,35%
Lienz	47.736.413	9,362%	987.597	2,07%
Reutte	32.691.963	3,476%	366.683	1,12%
Schwaz	81.481.880	10,223%	1.078.424	1,32%
Innsbruck Stadt	180.826.857	20,349%	2.146.616	1,19%
Summe	776.965.990	100,00%	10.549.000	1,36%

3. Getränkesteuerausgleich – 2015

Die Verteilung der Gemeindeanteile am Getränkesteuerausgleich wurde ab dem Jahr 2011 neu geregelt. Im Jahr 2015 kommt folgende Verteilungsregel zur Anwendung:

- 50% nach dem durchschnittlichen Getränkesteueraufkommen der Jahre 1993 bis 1997
- 50% kommen in einen weiteren Verteilungstopf. Dabei gilt Folgendes:

Gemeinden bis 10.000 Einwohner erhalten EUR 0,50 je Nächtigung 2013, wobei die ersten 1.000 Nächtigungen unberücksichtigt bleiben. Die weiteren Anteile werden nach der Volkszahl verteilt.

Der Anteil für Gemeinden über 10.000 Einwohner wird je zur Hälfte nach der Volkszahl und nach der abgestuften Bevölkerungszahl verteilt.

4. Landesumlage - 2015

45,35% der Finanzkraft I

6. Personalaufwand

Für den öffentlichen Dienst wurde im Rahmen der letztjährigen Gehaltsverhandlungen vereinbart, dass die Löhne und Gehälter ab 1. März 2015 um die Inflationsrate mit einem Aufschlag von 0,1% erhöht werden. Neben der Berücksichtigung allfälliger Zu- und Abgänge, Beförderungen, Überstellungen und Zeitvorrückungen wird empfohlen, diese Erhöhung bei der Berechnung des Personalaufwandes zu berücksichtigen.

7. Gemeindeverband für Zuwendungen an ausgeschiedene Bürgermeister – Ansatz 0000-7520

EUR 8,50 je Einwohner auf Basis des endgültigen Ergebnisses der Registerzählung (Volkszählung) zum 31. Oktober 2011!

8. Gemeindeverband für die Kranken- und Unfallfürsorge der Tiroler Gemeindebeamten –

Ansatz 0100-7520

Aufwand 2013 laut der Schreiben vom 24. März 2014, Zahl KUF-701/2014, zuzüglich 4%

9. Gemeindeverband für das Pensionsrecht der Tiroler Gemeindebeamten – Ansatz 0800-7520

Akontozahlung 2014 zuzüglich 4,50%

Das entspricht gegenüber der endgültigen Ausfallsleistung 2013 einer Erhöhung um 7,60% (laut Schreiben vom 2. Mai 2014, Zahl PF-1/1184/2014)

10. Pensionsfonds für Sprengelärzte – Ansatz 0800-7510

EUR 3,10 je Einwohner zum 31.10.2013

11. Investitionsbeitrag für kaufmännische und gewerbliche Landesberufsschulen –

Ansatz 2200-7512

Die Abteilung Landwirtschaftliches Schulwesen, Jagd und Fischerei hat für das Jahr 2015 einen Investitionsbeitrag für alle Gemeinden Tirols von EUR 1.653.139,- bekannt gegeben.

VA-Betrag 2015: 0,398560 der Kommunalsteuer 2013 zuzüglich EUR 1,02 je Einwohner zum 31. Oktober 2013

12. Sportförderungsfonds – Ansatz 2690-7510

EUR 2.486.291,-; VA-Betrag 2015: 0,32 der Finanzkraft II

13. Landesgedächtnisstiftung – Ansatz 2690-7510

EUR 2.330.898,-; VA-Betrag 2015: 0,30 der Finanzkraft II

14. Mindesteinkommen der Hebammen – Ansatz 5120-7510

VA-Betrag 2015: Vorschreibung 2014

15. Abteilung Soziales

a) Beitrag nach dem Tiroler Rehabilitationsgesetz – Ansatz 4110-7510

b) Hoheitlicher Beitrag nach dem Tiroler Mindestsicherungsgesetz – Ansatz 4110-7511

c) Privatrechtlicher Beitrag nach dem Tiroler Mindestsicherungsgesetz (Wohn- und Pflegeheime)
– Ansatz 4110-7513

d) Privatrechtlicher Beitrag (TMSG) – Mobile Dienste – Ansatz 4110-7513

e) Zweckzuschuss laut Pflegefondsgesetz – Ansatz 9450+8610

f) Zuwendung des Landes für Mindestsicherung (Strafgeledeinnahmen) – Ansatz 4110+8611

Bezirk	TMSG			TRG	Straf- gelder	Pflegefonds Zweck- zuschuss
	hoheitlich	privatrechtlich	Mobile Dienste			
Imst	728.336	2.105.280	835.992	4.033.251	176.623	648.397
Ibk.Land	6.010.674	6.229.440	1.908.439	11.184.901	1.143.402	1.918.581
Kitzbühel	407.206	1.941.120	1.140.353	2.673.150	139.031	597.838
Kufstein	1.871.512	3.519.360	1.417.228	6.269.238	417.873	1.083.914
Landeck	448.004	1.555.200	784.848	2.672.267	125.171	478.980
Lienz	216.013	2.105.280	1.837.665	3.960.508	89.224	648.397
Reutte	346.730	731.520	263.677	2.006.390	92.802	225.298
Schwaz	1.152.496	2.836.800	1.150.414	5.384.978	275.029	873.695
Ibk.Stadt	7.896.466	7.776.000	2.528.784	10.685.317	606.649	2.394.900
Summe	19.077.436	28.800.000	11.867.400	48.870.000	3.065.804	8.870.000

Bezirk	FK II 2015	Ansatz 2015 in % der Finanzkraft II					
		TMSG			TRG	Straf- gelder	Pflegefonds Zweck- zuschuss
		hoheitlich	privatrechtlich	Mobile Dienste			
Imst	56.142.202	1,30%	3,75%	1,49%	7,18%	0,31%	1,15%
Ibk.Land	163.440.433	3,68%	3,81%	1,17%	6,84%	0,70%	1,17%
Kitzbüchel	63.942.861	0,64%	3,04%	1,78%	4,18%	0,22%	0,93%
Kufstein	104.983.510	1,78%	3,35%	1,35%	5,97%	0,40%	1,03%
Landeck	45.719.871	0,98%	3,40%	1,72%	5,84%	0,27%	1,05%
Lienz	47.736.413	0,45%	4,41%	3,85%	8,30%	0,19%	1,36%
Reutte	32.691.963	1,06%	2,24%	0,82%	6,14%	0,28%	0,69%
Schwaz	81.481.880	1,41%	3,48%	1,41%	6,61%	0,34%	1,07%
Ibk.Stadt	180.826.857	4,37%	4,30%	1,40%	5,91%	0,34%	1,32%
	776.965.990	2,46%	3,71%	1,53%	6,29%	0,39%	1,14%

Die Entwicklung im Bereich der hoheitlichen Mindestsicherung ist von der Abteilung Soziales derzeit nur schwer einschätzen. Einerseits müssen die Gemeinden für das Jahr 2014 mit einem Mehraufwand von EUR 100.000,- rechnen, andererseits zeigen die Einnahmen aus den Strafgeldern eine rückläufige Tendenz. Die bisherige Vorschreibungspraxis, dass man – mit Ausnahme der Stadt Innsbruck –, auf die Einhebung von vierteljährlichen Vorauszahlungen verzichtet hat, wurde im Jahr 2014 dahingehend geändert, dass 50% des durch die Strafgeleinnahmen voraussichtlich nicht gedeckten Aufwandes den Gemeinden zur Zahlung vorgeschrieben wurden. Die Hälfte der für die Gemeinden außer Innsbruck voraussichtlich fällig werdenden Nachzahlung wurde in den Voranschlagsbetrag 2015 eingerechnet. Die deutliche Zunahme der Ausgaben im Flüchtlingswesen bewirkt jedoch, dass ein größerer Teil der Strafgeleinnahmen für diesen Bereich zu verwenden ist. Dadurch könnte sich laut Auskunft der Abteilung Soziales der Aufwand für die Gemeinden nochmals um 15 % bis 20% erhöhen.

Bei den Mobilien Diensten wurde eine mögliche Nachzahlung von EUR 400.000,- berücksichtigt. Bei der mittelfristigen Finanzplanung ist von einer jährlichen Steigerung von 6% auszugehen.

16. Beitrag nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz – Ansatz 4390-7510

Aufgrund der von der Abteilung Kinder- und Jugendhilfe bekannt gegebenen Berechnungsgrundlagen ergeben sich folgende Beträge:

Bezirk	2015		Ansatz 2015 in % der Finanzkraft II
	Geschätzter Beitrag	Finanzkraft II	
Imst	751.267	56.142.202	1,34%
Innsbruck Land	2.284.290	163.440.433	1,40%
Kitzbüchel	803.709	63.942.861	1,26%
Kufstein	1.700.107	104.983.510	1,62%
Landeck	614.673	45.719.871	1,34%
Lienz	292.701	47.736.413	0,61%
Reutte	446.370	32.691.963	1,37%
Schwaz	1.484.240	81.481.880	1,82%
Innsbruck Stadt	3.818.533	180.826.857	2,11%
Summe	12.195.890	776.965.990	1,57%

Nicht enthalten ist in dieser Aufstellung eine im Rahmen der Endabrechnung für das Jahr 2014 voraussichtlich fällig werdende Nachzahlung. Es wird deshalb empfohlen den errechneten Betrag um 10% zu erhöhen. Für die mittelfristige Finanzplanung ist eine jährliche Steigerung von 3% einzuplanen.

17. Tiroler Gesundheitsfonds – Ansatz 5900-7510

EUR 114.731.000,-; VA-Betrag 2015: 14,7665408% der Finanzkraft II

18. Bezirkskrankenhäuser-Krankenhausumlage – Ansatz 5600-7520

Bezirk	Finanzkraft II	Krankenhausumlage	in % der FK II
Kitzbüchel	63.942.861	2.900.000	4,535%
Kufstein	104.983.510	6.000.000	5,715%
Lienz	47.736.413	1.905.000	3,991%
Reutte	32.691.963	wird vom GV BKH bekannt gegeben	
Schwaz	81.481.880	wird vom GV BKH bekannt gegeben	

19. Landeskrankenhaus Hall in Tirol – Ansatz 5600-7510

Bezirk	Finanzkraft II	Krankenhausumlage	in % der FK II
Innsbruck Land	163.440.433	3.641.716	2,228%

20. Krankenhaus Zams

Investitionsbeitrag – Ansatz 5600-7770

Bezirk	Finanzkraft II	Investitionsbeitrag	in % der FK II
Imst	56.142.202	1.918.000	3,416%
Landeck	45.719.871	1.562.000	3,416%

Betriebsabgang – Ansatz 5600-7570

Bezirk	Finanzkraft II	Betriebsabgang	in % der FK II
Imst	56.142.202	220.000	0,394%
Landeck	45.719.871	180.000	0,394%

21. Tiroler Rettungsdienst – Ansatz 5300-7510

Der Beitrag gemäß § 11 Tiroler Rettungsdienstgesetz beträgt voraussichtlich EUR 7.242.501,-. Die auf die einzelne Gemeinde entfallenden Beträge werden von der Abteilung Katastrophen- und Zivilschutz und in der Gemeindeanwendung im Portal Tirol bekannt gegeben.

22. Mitgliedsbeitrag Tiroler Gemeindeverband – Ansatz 0600-7260

Der Mitgliedsbeitrag 2015 beträgt voraussichtlich EUR 1,35 je Einwohner zum 31. Oktober 2013 bei einem Einwohnerlimit von 10.000 Einwohnern.

Im Hinblick auf die im Österreichischen Stabilitätspakt 2012 (ÖStP 2012) getroffenen Vereinbarungen und unter Hinweis auf die Bestimmungen des § 90 Tiroler Gemeindeordnung 2001 werden die Gemeinden und Gemeindeverbände aufgefordert einen ausgeglichenen Haushaltsplan 2015 zu beschließen. Die erweiterten Meldepflichtungen im ÖStP sehen künftig Finanzplandaten für vier Jahre vor. Der mit dem Voranschlag 2015 vorzulegende mittelfristige Finanzplan (Einnahmen- und Ausgabenübersichten, Voranschlagsquerschnitte, Schuldennachweis) umfasst somit die Jahre 2016 bis einschließlich 2019. Mit der Unterzeichnung des ÖStP 2012 haben sich die Gemeinden verpflichtet landesweise einen ausgeglichenen Haushaltssaldo nach ESG (Maastricht-Ergebnis) zu erzielen. Die Erreichung dieser Vorgaben ist in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sicherlich nicht einfach zu bewerkstelligen. Damit in Summe ein ausgeglichenes Maastricht-Ergebnis erreicht werden kann, ist die Budgetdisziplin jeder einzelnen Gemeinde notwendig.

Die für jede Gemeinde errechneten Voranschlagsbeträge und Finanzplandaten werden in der Gemeindeanwendung im Portal Tirol veröffentlicht.

46.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Oktober 2014

Ertragsanteile an	Oktober		Änderung	
	2013	2014	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	8.929.011	9.588.522	659.511	7,39
Lohnsteuer	18.796.395	19.463.952	667.557	3,55
Kapitalertragsteuer	372.601	656.572	283.972	76,21
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	337.510	427.574	90.065	26,69
Körperschaftsteuer	11.477.699	12.747.352	1.269.653	11,06
Abgeltungssteuern Schweiz	0	2.803	2.803	100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	252.148	252.148	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	7.459	914	-6.544	-87,74
Stiftungseingangssteuer	4.982	19.803	14.821	297,50
Bodenwertabgabe	146.262	131.223	-15.039	-10,28
Stabilitätsabgabe	1.281.464	560.381	-721.082	-56,27
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	41.353.382	43.851.245	2.497.863	6,04
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	19.045.886	20.032.806	986.920	5,18
Abgabe von alkoholischen Getränken	17	64	47	278,37
Tabaksteuer	1.541.830	1.558.479	16.648	1,08
Biersteuer	196.216	168.377	-27.839	-14,19
Mineralölsteuer	3.806.410	3.751.197	-55.214	-1,45
Alkoholsteuer	89.995	72.396	-17.599	-19,56
Schaumweinsteuer	804	5.234	4.430	550,88
Kapitalverkehrsteuern	48.613	24.864	-23.749	-48,85
Werbeabgabe	315.450	308.090	-7.359	-2,33
Energieabgabe	804.924	196.317	-608.607	-75,61
Normverbrauchsabgabe	384.213	347.768	-36.445	-9,49
Flugabgabe	74.549	87.288	12.739	17,09
Grunderwerbsteuer	5.856.609	6.033.369	176.759	3,02
Versicherungssteuer	767.520	827.935	60.415	7,87
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.391.693	1.692.321	300.628	21,60
KFZ-Steuer	85.439	85.646	207	0,24
Konzessionsabgabe	202.809	249.071	46.262	22,81
rechnungsmäßig Ertragsanteile	34.612.977	35.441.219	828.242	2,39
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
Summe sonstige Steuern	33.733.894	34.562.136	828.242	2,46
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe Ertragsanteile der Gemeinden	75.087.277	78.413.381	3.326.105	4,43
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	5.072.974	5.332.107	259.133	5,11
Werbesteuerenausgleich	50.668	49.401	-1.267	-2,50
Werbeabgabe nach der Volkszahl	264.782	258.690	-6.092	-2,30
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

47.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Oktober 2014

Ertragsanteile an	Jänner - Oktober		Änderung	
	2013	2014	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	23.342.476	28.150.872	4.808.396	20,60
Lohnsteuer	191.390.500	202.377.652	10.987.151	5,74
Kapitalertragsteuer	10.853.146	12.588.922	1.735.776	15,99
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	5.214.536	5.685.006	470.470	9,02
Körperschaftsteuer	43.463.175	48.090.221	4.627.046	10,65
Abgeltungssteuern Schweiz	4.013.106	448.155	-3.564.951	-88,83
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	2.189.352	2.189.352	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	111.805	100.034	-11.771	-10,53
Stiftungseingangssteuer	65.796	248.889	183.093	278,27
Bodenwertabgabe	632.182	585.146	-47.036	-7,44
Stabilitätsabgabe	4.192.747	3.710.350	-482.397	-11,51
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	283.279.468	304.174.598	20.895.130	7,38
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	193.777.207	200.112.510	6.335.303	3,27
Abgabe von alkoholischen Getränken	286	270	-16	-5,51
Tabaksteuer	13.245.055	13.719.558	474.504	3,58
Biersteuer	1.637.726	1.542.196	-95.530	-5,83
Mineralölsteuer	35.046.951	33.008.722	-2.038.229	-5,82
Alkoholsteuer	1.068.079	1.537.251	469.172	43,93
Schaumweinsteuer	9.266	21.606	12.340	133,18
Kapitalverkehrsteuern	449.553	749.379	299.826	66,69
Werbeabgabe	3.379.864	3.334.602	-45.262	-1,34
Energieabgabe	7.118.378	6.949.137	-169.241	-2,38
Normverbrauchsabgabe	3.722.147	3.645.409	-76.738	-2,06
Flugabgabe	780.087	773.837	-6.250	-0,80
Gründerwerbsteuer	68.267.058	70.784.293	2.517.235	3,69
Versicherungssteuer	8.520.462	8.832.992	312.531	3,67
Motorbezogene Versicherungssteuer	12.901.449	14.991.519	2.090.069	16,20
KFZ-Steuer	316.979	362.276	45.297	14,29
Konzessionsabgabe	1.944.733	1.867.925	-76.808	-3,95
rechnungsmäßig Ertragsanteile	352.185.279	362.233.482	10.048.203	2,85
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	8.790.833	8.790.833	0	0,00
Summe sonstige Steuern	343.394.446	353.442.649	10.048.203	2,93
Kunstförderungsbeitrag	125.429	126.739	1.310	1,04
Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung	626.564.747	657.509.376	30.944.630	4,94
Zwischenabrechnung	6.143.123	1.148.232	-4.994.891	-81,31
Ertragsanteile gesamt	632.707.870	658.657.608	25.949.739	4,10
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	52.039.955	53.631.759	1.591.804	3,06
Getränkesteuerausgleich ZWA	634.876	118.400	-516.476	-81,35
Summe Getränkesteuerausgleich	52.674.831	53.750.159	1.075.328	2,04
Werbesteuerausgleich	542.725	534.686	-8.039	-1,48
Werbeabgabe nach der Volkszahl	2.837.139	2.799.916	-37.223	-1,31
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	2.508.350	2.508.350	0	0,00

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR AUGUST 2014

(vorläufiges Ergebnis)

	Juli 2014 (endgültig)	August 2014 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	109,5	109,5
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	119,9	119,9
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	132,6	132,6
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	139,5	139,5
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	182,4	182,4
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	283,6	283,6
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	497,7	497,7
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	634,1	634,1
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	636,2	636,2

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat August 2014 beträgt 109,5 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Juli 2014 unverändert geblieben (Juli 2014 gegenüber Juni 2014: -0,5%). Gegenüber August 2013 ergibt sich eine Steigerung um 1,7% (Juli 2014/2013: +1,8%).

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck